

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. G. und Umgebung

Preis: Monatsabonnement R. 1.75 einschließlich
Verl. Erscheint täglich werktags.

Telefon 2707 — Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. G., Luffenstraße 26

Anzeigenpreise: Die sechsgepaltenen 43 mm breite Kompositionen
zeile kostet 15 Bg., auswärts 20 Bg., im Retikett
22 mm breit 60 Bg. — Die Einzelnummer 10 Bg.
Polstschonke: Frankfurt am Main 39 884.

Ar. 243

Donnerstag, den 16. Oktober 1930.

5. Jahrgang.

Neues vom Tage.

Die Bundesleitung des Stahlwerks hat beschlossen, ent-
sprechend ihrer Roblenger Rundgebung ein Volksbegehren auf Auf-
hebung des Preussischen Landtags und Aenderung der preussischen
Verfassung herbeizuführen.

Das Völkerverständnis hat den Brief veröffentlicht, in
dem die deutsche Regierung dem Generalsekretär des Völkerverständnis
Bescheid über die Erhöhung der Getreidezölle vom 26. Sep-
tember mitgeteilt hat.

Der Ausschuss zur Untersuchung der Ursachen der Katastrophe
auf dem Schiff „W. 101“ wird im Laufe der nächsten Woche seine
Arbeiten beginnen.

Die französisch-spanischen Handelsvertragsverhandlungen, die
nach einer Abänderung der für die Einfuhr spanischer Weine
in Frankreich geltenden Bestimmungen bezwecken, haben in Madrid
begonnen.

Der frühere Staatspräsident von Finnland, Professor Stahl-
berg und seine Gattin sind spurlos verschwunden. Man befürchtet,
sie könnten in der Nähe von Jönköping in Schweden auf-
gegriffen werden. Die Entführer sind noch unbekannt.

140 Polizeibeamte umzingelten das Gebäude des Ausschusses
für die Nationalkongresse in Bombay und verhafteten die
beschlagnahmten Personen. Gegen die Häuser anderer verwandter
Organisationen wurde ähnlich vorgegangen.

Zur Reform der Arbeitslosenversicherung.

Im Rahmen des neuen Reformprogramms der Reichs-
regierung wird naturgemäß auch die Arbeitslosenver-
sicherung angegriffen. Eingetretten ist bereits die Einfüh-
rung einer Beitragserhöhung um 2 Prozent in der Arbeitslosen-
versicherung und damit eine neue Belastung der Produktion.
Über hinaus wird im Regierungsprogramm ausgeführt, daß
eine einheitliche Reform der Arbeitslosenversicherung, die schon
langen Jahren gefordert wird, „vorbereitet“ werden.
Es ist deshalb bedauerlich, weil damit die dringend erforder-
liche Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung
unter Umständen wieder hinausgeschoben wird. Ein großer
Teil der Kritik an diesem Gesetz ist auf seinen Grundcharakter
abzuführen, der ohne Rücksicht auf besondere Berufsgruppen
deren Bedürfnisse alle Arbeitnehmer in einer einheit-
lichen Versicherungspflichtversicherung. Infolgedessen kamen be-
sonders Angestelltenkreisen immer wieder die An-
forderungen, diese Einrichtungen, so wie sie in der Kranken-
versicherung durch die sogenannten Tarifklassen haben, auch in
der Arbeitslosenversicherung einzuführen.

Der „Deutsche Volkswirt“ hat nunmehr Geheimrat Dr.
Syrup, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermitt-
lung und Arbeitslosenversicherung, die im Zusammenhang damit
stehen Fragen „Gefahrengemeinschaft oder Gefahrerteilung“
in der Arbeitslosenversicherung untersucht.

Dr. Syrup errechnet theoretisch, welche Beitragssätze Arbeit-
geber und Arbeitnehmer in den einzelnen Landesbezirken hätten
zahlen müssen, wenn die Ausgaben der Landesarbeitsämter
aus eigenen Mitteln zu decken gewesen wären. An der
Tabelle dabei Ostpreußen mit 11,9, Pommern mit
12,5, Schlesien mit 9,5, Bayern mit 7,3 Prozent. Dagegen
für die Rheinlande ein Beitragssatz von 5,7 Prozent,
Brandenburg von 5,8, für Süddeutsch-
land von 4,6 und für Westfalen von 4,7 Prozent. Die stärksten
Entlastungen also in vorwiegend landwirtschaftlichen Gegen-
ständen. Dr. Syrup weist mit Recht darauf hin, daß der Lasten-
verteilung, den die Reichsanstalt zwischen den einzelnen Wirt-
schaftsgebieten des Reiches mit ihren eigenen Mitteln, den Zu-
einkünften und Darlehen des Reiches vollzieht, letzten Endes eine
der Größe der Arbeitslosigkeit bemessene finanzielle Hilfe
zufließen muß. Summenmäßig steht für die Zeit vom 1. Oktober
bis zum 31. Juli 1930 das Landesarbeitsamt Bayern
einen Zuschuß von 161.36 Millionen an erster Stelle, wäh-
rend das Landesarbeitsamt Westfalen nur einen Zuschuß
von 1.51 Millionen benötigte und das Landesarbeitsamt Südb-
bayern in der gleichen Zeit einen Ueberschuß
von 6,77 Millionen erbrachte. Insgesamt kommt Dr. Syrup zu
dem Ergebnis, daß zur Zeit eine Abstufung der Beiträge nach
den schon deshalb bedeutungslos sei, da alle Bezirke bei
gleichem Umfang der Arbeitslosigkeit Zuschußbezirke
sind.

Besonders wichtiger ist angesichts der eingangs erwähnten
Entscheidung nach berufständischer Gliederung das Er-
gebnis der Untersuchung über die Frage: Ist eine Abstufung der
Beiträge nach Berufsgruppen möglich? Der Präsident der Reichs-
anstalt führt aus, daß sich hier nur sehr schwer exakte Feststellun-
gen machen ließen; so werden mehr als elf Millionen Beitrags-
träger durch die Ortskrankenkassen erfasst, die ihre Mitglieder
nach Berufsgruppen aufgliedern, und eine entsprechende Erhebung
nach Berufsgruppen aufgliedern, u. a. mehr. Dr. Syrup be-
merkt aber nicht mit diesen Feststellungen, sondern versucht

Löbe wieder Reichstagspräsident.

Gewählt im zweiten Wahlgang mit 269 gegen 209 Stimmen

× Berlin, 15. Oktober.

Der Reichstag wählte am Mittwoch nachmittag den bis-
herigen Präsidenten, Abg. Löbe (Zsg.) wieder zum Präsidenten.
Insgesamt wurden im ersten Wahlgang 556 Stimmen abgegeben,
zwei Stimmen waren ungültig, davon für den Abg. Löbe 266
Stimmen, für Abg. Dr. Scholz 179 Stimmen, für den Abg.
Bied (Kom.) 68 Stimmen, für den Abg. Gräf (Dn.) 41 Stimmen.
Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit von 278 Stim-
men erreicht hat, mußte Stichwahl zwischen Löbe und Dr. Scholz
erfolgen.

In der Stichwahl wurde Abg. Löbe (Zsg.) mit 269 Stim-
men zum Präsidenten des Reichstags gewählt. Abg. Dr. Scholz
(DVP.) erhielt 209 Stimmen.

Die übrigen 77 Stimmen waren ungültig.

Der Sitzungsbericht.

Tribünen und Sitzungssaal sind heute ebenso dicht besetzt wie
in der ersten Sitzung. Der Regierungsteil ist unbefüllt, während
die Reichstagsabgeordneten der Länder in großer Zahl erschienen
sind.

Altpräsident Herold eröffnet die Sitzung, auf deren Tages-
ordnung als erster Punkt die Wahl des Präsidenten, der Vizeprä-
sidenten und der Schriftführer steht. Der Altpräsident verliest
die Paragraphen der Geschäftsordnung, die sich auf die Präsidenten-
wahl beziehen.

Abg. Dittmann (Zsg.) schlägt zur Wahl den bisherigen Reichs-
tagspräsidenten Löbe vor.

Abg. Nippel (Chr. Zsg. Vb.) verliest unter lärmendem Ge-
schrei der Rechten folgende Erklärung: Wir Abgeordnete des
Christlich-Sozialen Volksdienstes sind mit einem großen Teil des
Reichstages der Auffassung, daß das Ergebnis der Wahl vom
14. September eine Verschiebung der Machtverhältnisse nach rechts
bedeutet und daß diese Tatsache bei der Zusammensetzung und dem
Arbeitsprogramm der Regierung beachtet werden muß.

Wir sind aber der Meinung, daß Zusammensetzung des Vor-
standes und auch des Präsidiums des Reichstages durch die gegen-
wärtige noch gültige Geschäftsordnung nach §§ 8 und 9 zu regeln
sind. Wir bedauern, daß diese Zusammensetzung des Präsidiums,
die in vielfacher Hinsicht nach der Stärke der Fraktionen getätigt
worden ist, zu einer parteipolitischen Wahlverfälschung werden
soll. Unsere rein sachliche Einstellung gebietet uns daher, in dieser
mehr geschäftsmäßigen denn politischen Frage uns an den
Vorstand und Sinn der Geschäftsordnung zu halten. Auch wenn
die weltanschauliche und politische Einstellung des zur Wahl Vor-
geschlagenen von uns abgelehnt wird, folgen wir doch dem Gesetz
der Gerechtigkeit und Billigkeit.

Abg. Dauch (DVP.) schlägt unter Hör! Hör!-Rufen der
Sozialdemokraten den Abg. Dr. Scholz (DVP.) als Reichstags-
präsidenten vor.

Abg. Torgler (Kom.) erklärt, die Kommunisten würden als
einzige Partei in diesem Young-Reichstag den Ruf nach der
Abkehr von den alten Methoden nicht mitmachen. Sie würden auch nicht eine Lo-
salkandidatur abgeben wie die Nationalsozialisten. Wir schlagen
den Abg. Bied als Präsidenten vor.

Abg. Dr. Frid (Nat.-Zsg.), der darauf das Wort nimmt, wird
von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Der Reichs-
präsident!“ Dr. Frid erklärt, die Wahlen hätten deutlich den Sieg
der antimarkistischen Front ergeben und vor allem der Sozialdemo-
kratie eine vernünftige Mehrheit beigebracht. Die Nationalsozia-
listen würden für den Abg. Dr. Scholz stimmen; denn es würde

unter allem Vorbehalt eine persönliche Schätzung über die
Mittelverteilung in der Arbeitslosenversicherung zu geben. Er
ist dabei der Auffassung, daß sich das Einzelrisiko der großen
Metall-, Spinnstoff-, Nahrungsmittelberufe und wahrscheinlich
auch der landwirtschaftlichen Berufe mit dem Gesamtrisiko der
einheitlichen Arbeitslosenversicherung decke. Dagegen würde bei
der Industrie der Steine und Erden der Berufsbeitragsatz
wesentlich höher sein und etwa das Doppelte des einheitlichen
Beitragsatzes betragen. Beim Baugewerbe würde der Berufs-
beitragsatz voraussichtlich sogar dem Dreifachen des einheit-
lichen Beitragsatzes nicht fern liegen. Naturgemäß stehen
diesen ungünstigen Risiken aber auch günstige Risiken gegen-
über. Dazu gehören insbesondere die Angestellten in
Büro- und kaufmännischen Betrieben, die Lohnarbeiter, aber
auch Bergarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter. Als günstigster
Beruf sind nach Dr. Syrup die Hausangestellten an-
zuführen. Ihr Berufsbeitragsatz würde vielleicht nur ein
Viertel des einheitlichen Beitragsatzes ausmachen. Im Gesamt-
ergebnis kommt Dr. Syrup zu der Feststellung, daß finanzielle
Gründe einer berufsmäßigen Aufteilung des Beitragsatzes zur
Zeit entgegenstehen.

Die Berechnungen Dr. Syrups sind zweifellos sehr inter-
essant und aufschlußreich. Ob aber die Folgerung, die er aus
seinen Zahlen herleitet, überall geteilt wird, muß bezweifelt
werden. Die einheitliche Behandlung aller Arbeitnehmer,

den bei den Wahlen beabsichtigten Volkswillen ins Gesicht schlagen,
wenn zum Reichstagspräsidenten der Marxist und Kriegsbienstver-
weigerer Löbe gewählt würde. — Die Sozialdemokraten, die den
Rechner dauernd durch lärmende Zurufe unterbrochen haben, rufen
bei den letzten Worten: „Das mag der Kriegsbrüderberger Frid
zu sagen!“

Die Wahl wurde dann durch Namensaufruf und Stimmzettels-
abgabe vorgenommen.

Abgegeben wurden 534 Stimmen. Bei der absoluten Mehrheit
von 278 Stimmen ist Abg. Löbe (Nat.-Zsg.) zum ersten Vize-
präsidenten gewählt. 171 Stimmen fielen auf den Abg. Esser (Z.),
67 auf den Abg. Bied (Kom.). Ungültig waren acht Stimmen.

Als zweiter Vizepräsident wird dann der Abg. Esser (Z.)
mit 127 Stimmen gewählt. 67 Stimmen fielen auf den Abg. Bied
(Kom.), 5 sind ungültig und gesplittet.

Für die dann folgende Wahl des dritten Vizepräsidenten schlägt
Abg. Dergt (Dn.) den Abg. Graef-Thüringen (Dn.), Abg. Dittmann
(Zsg.) den Abg. Dr. Pfleger (Bayer. Vp.) vor.

Bei dieser Wahl werden 492 gültige Stimmzettel abgegeben,
von denen 227 auf Graef-Thüringen (Dn.), 176 auf Dr. Pfleger
(Bayer. Vp.), 68 auf Bied und 21 auf v. Kardorff (D. Vp.) lauten,
während zwei gesplittet sind. Da die absolute Mehrheit von keinem
Kandidaten erreicht ist, findet Stichwahl zwischen Graef und Dr.
Pfleger statt. Sie ergibt die Wahl des Abg. Graef-Thüringen
(Dn.) mit 231 gegen 200 Stimmen, die der Abg. Dr. Pfleger
(Bayer. Vp.) erhält, während von den Kommunisten 67 ungültige
Stimmzettel abgegeben worden sind.

Damit sind der Präsident und die Vizepräsidenten, die übrigens
gleichberechtigt sind, gewählt.

Auf der Tagesordnung steht weiter der sozialdemokratische An-
trag, wonach die Diäten der Reichstagsabgeordneten sofort um
20 Prozent herabgesetzt werden sollen. Der Antrag verlangt außer-
dem eine Regierungsvorlage, durch die auch die Bezüge des Reichs-
präsidenten, der Minister und Ministerpräsidenten entsprechend gekürzt
werden und die Pensionen der Reichstagsabgeordneten von 12.000 Mark nicht
übersteigen sollen. Dieser Antrag und ähnliche von den Kommunisten,
der Landvolkpartei und den Nationalsozialisten gestellte Anträge
werden ohne Debatte dem Ältestenrat und dem Haushaltsausschuß
überwiesen.

Gegen 3 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag 15 Uhr.

Ältestenrat des Reichstags.

Der nungebildete Ältestenrat des Reichstags hielt unter dem
Altpräsidenten Herold seine erste Sitzung ab. Es wurde verein-
bart, daß die Regierungserklärung des Reichstags am Donner-
stag nachmittag 15 Uhr entgegengenommen werden soll. Nach der
Rede des Reichstagspräsidenten wird die morgige Sitzung wahrscheinlich
auf eine Stunde unterbrochen werden, so daß die große politische
Aussprache erst abends beginnen kann. Am Freitag um 10 Uhr und
eventuell Samstag soll die Debatte; rigesetzt werden. Es besteht die
Aussicht, dann eine längere Beratungspause eintreten zu lassen.

Mit der Regierungserklärung sollen in der Beratung nicht nur
die Mißtrauensanträge und die Anträge auf Aufhebung der Not-
verordnungen, sondern auch der Ueberbrückungskredit (Schuldenbil-
lungsgesetz) verbunden werden. Die Anträge sollen unmittelbar nach
der Regierungserklärung dem Haushaltsausschuß überwiesen werden,
der sie so schnell vorberaten soll, daß ihre zweite und dritte Lesung
mit der großen politischen Aussprache verbunden werden kann. Wenn
das gelingt, könnte die Entscheidung über alle diese Gegenstände bis
zum Samstag fallen. Dringlich ist ferner der neue sinnliche Han-
delsvertrag.

ohne jede Rücksicht auf das betriebl. Risiko führt in der Praxis
zu Ungerechtigkeiten, die auf die Dauer unerträglich sind. Und
so wird eine Reform der Arbeitslosenversicherung nicht an der
Frage vorbeigehen können, ob es nicht möglich ist, die Ver-
sicherten in Gefahrenklassen einzuteilen, in denen die
Beiträge abgestuft sind — je nach der Größe des Risikos, das
die einzelne Berufsgruppe zu tragen hat.

Eine Anlagerede Brauns im Preussischen Landtag.

Berlin, 15. Oktober.

Auf der Regierungsbank hat Ministerpräsident Dr. Braun
und fast sämtliche preussische Staatsminister Platz genommen. Das
Haus tritt in die gemeinsame Beratung der Anträge der Kom-
munisten und der Wirtschaftspartei auf Auflösung des Landtags,
der kommunistischen Anträge, die Aufhebung der Notverordnung des
Reichstagspräsidenten und die Einstellung der Young-Zahlungen ver-
langen und der deutschnationalen, nationalsozialistischen und kom-
munistischen Anträge wegen der parteipolitischen Betätigung der Be-
amten ein. Mit der Beratung verbunden wird auch der von den

Demokraten wegen der Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt anlässlich der Reichstagsöffnung eingebrachte Antrag.

Ministerpräsident Braun von den Kommunisten mit stürmischen Zurufen: „Nieder mit der Braunregierung“ empfangen, führt u. a. aus: Unter den zahlreichen Anträgen, die jetzt gemeinsam beraten werden, befindet sich auch ein solcher der Nationalsozialisten, das Uniformverbot für die nationalsozialistischen Sturmtruppen aufzuheben (Rufe bei den Nationalsozialisten: Es wird höchste Zeit!). Ich bin genau der entgegengesetzten Meinung. Die Aufhebung des Nationalsozialistenuniformverbots wird solange nicht in Frage kommen, wie die Gründe, die zum Erlass des Verbotes führten weiterbestehen.

Das Verbot für Beamte, der Kommunistischen und Nationalsozialistischen Partei anzugehören, kann gleichfalls nicht aufgehoben werden. (Andauernde lärmende Unterbrechungen bei den Kommunisten und Nationalsozialisten. Rufe rechts: „Darüber bestimmen Sie schon seit einem Vierteljahr nicht mehr!“) Das Verbot ist erlassen worden, weil feststeht, daß sowohl die Nationalsozialistische wie die Kommunistische Partei den gewaltsamen Umsturz anstrebt. (Rufe bei den Nationalsozialisten: „Das ist das Gegenteil von der Wahrheit!“) Wenn man die Zeugenaussagen Hitlers betrachtet, erscheint es fast so, als ob die R. S. D. A. P. nur eine Gruppe von Unschuldsdämonen wäre, die auf rein legalem Wege dahinginge. (Rufe bei den Nationalsozialisten: „Hitler hat unter Eid ausgesagt!“) Diese dillige Aussage steht auf derselben Stufe wie das Ehrenwort, das Hitler 1923 in München gab, keine Pistole zu machen, und das den Hitler-Putsch nicht verhinderte. (Zustimmung bei den Regierungsparteien, Lärm und Rufe bei den Nationalsozialisten: „Unerhört!“) Die Abgeordneten gehen zum Rednerpult. Der Ministerpräsident wird fortgesetzt durch Zurufe unterbrochen. Ein Beamter, der einer Partei angehört, die offen erklärt, den Staat vernichten zu wollen, ist nicht wert, weiterhin Beamter zu sein. Der Antrag auf Aufhebung der preussischen Durchführungsbestimmungen zur Rotverordnung des Reichspräsidenten kann gleichfalls nicht angenommen werden. Die Rotverordnung ist Reichsgesetz; die preussischen Erlasse dazu sind lediglich Anweisungen an die Gemeinden. Hierauf begründet Abg. Schwent (Rom.) die Anträge seiner Fraktion und erklärt, daß die Regierung Braun eine arbeitgeberfeindliche Politik treibe.

Abg. Labandorf (Sp.) begründete den Auflösungsantrag der Wirtschaftspartei damit, daß der Landtag und die Regierung Braun kein Vertrauen mehr bei der Mehrheit des Volkes besäßen.

Abg. Borch (Dn.) gab bei Begründung des deutschnationalen Antrages in erster Linie dem Zentrum schuld an den Zuständen in Preußen, das der Wirtschaft der Regierung Braun in jedem Augenblick durch Zurückziehung seiner Minister hätte ein Ende machen können.

Abg. Kustländer (Rom.) begründete den kommunistischen Antrag auf Befreiung des Erlasses, der den Beamten die Zugehörigkeit zur R. S. D. verbietet.

Abg. Kuschke (Dem.) wendet sich zur Begründung des demokratischen Antrages gegen die Ausschreitungen in der Berliner Innenstadt und weist besonders auf die nachteiligen Folgen hin, die Deutschland daraus im Ausland erwachsen.

Abg. Krell (Nat.-Soz.) nimmt hierauf das Wort zur Begründung des Antrages seiner Fraktion auf Aufhebung des Uniformverbotes für die Nationalsozialisten. Unerhört sei es, wenn der Ministerpräsident Braun die eibliche Aussage Hitlers in Leipzig im Zweifel gelte. Herr Braun, der Vertreter der Klassenkampfpartei, wage es, auch der nationalsozialistischen Bewegung Staatsgefährlichkeit vorzuwerfen. Denke er nicht daran, daß die Revolte von 1918 mit Mitteln des französischen Staates finanziert worden sei. (Verbale Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.) Als der Redner behauptete, nicht Nationalsozialisten, sondern Kommunisten hätten die Scheiben eingeworfen, erhob sich auf der äußersten Linken großer Lärm. Es ertönten andauernd Schlußrufe. Der Präsident verteilte einige Ordnungsbrufe und sah sich schließlich genötigt, da der Lärm anhält, die Sitzung wiederum auf fünf Minuten zu unterbrechen.

Hierauf trat das Haus in die allgemeine Besprechung der Anträge ein.

Abg. Winger (Soz.) lehnt den Antrag auf Auflösung des Landtags für seine Partei ab. Die Wirtschaftspartei besorge mit ihrem Antrage nur die Geschäfte der Nationalsozialisten. Gegen Beamte, die staatsfeindlichen Parteien angehören, hätte die Regierung schon viel früher vorgehen sollen.

Gegen 17 Uhr wurde die Weiterberatung auf Donnerstag, 12 Uhr, vertagt. Außerdem steht auf der Tagesordnung die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Braun.

Die Einsicht kommt zu spät!

Erklärungen des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten zu den deutschfeindlichen Kundgebungen in Prag.

Im Bundes-Ausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte Ministerpräsident Udrzal zur Beschwerde des Abgeordneten Kassa über die geringe Vertretung der Deutschen in den einzelnen Staatsämtern, daß, wenn sich die Verhältnisse nicht günstiger entwickelten, die Schuld daran der Umstand sei, daß es ziemlich lange dauerte, bis die deutschen Vertreter die Bevölkerung zu bewegen verstanden, ein klares Bekenntnis zum Staat abzulegen. Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Patejbe, ob die Regierung einer Diktatur zustimme oder für die Demokratie sei, erklärte der Ministerpräsident: Es habe zwar unstatthafte Demonstrationen gegeben, die von agents provocateurs und unvorsichtigen Einzelpersonen hervorgerufen wurden. Aber gerade, weil im Lande heilige Ruhe war, war die Polizei von diesen kleinen Ereignissen etwas überrascht.

Derartige werde sich in der Tschechoslowakei nicht wiederholen. Der Ministerpräsident schloß: Wir haben Ordnung, wollen sie, und wir werden sie haben. Ich bin ein Feind der Diktatur von A bis Z, zu 100 Prozent und für alle Zeiten und für die Herrschaft der Demokratie.

Auch der amerikanischen Wirtschaft geht es schlecht.

Unterredung Hoovers mit den Leitern der New Yorker Börse.

Präsident Hoover hielt mit dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der New Yorker Fondsbörse eine Konferenz ab, auf der die ernste Lage der amerikanischen Wirtschaft besprochen wurde.

Diese Zusammenkunft hat in amtlichen Kreisen großes Aufsehen erregt. Es verkundet, daß die beiden Herren den Präsidenten um die Unterredung gebeten hätten.

Die Berliner Metallarbeiter streifen

Nähezu einstimmige Arbeitsniederlegung. — 126 000 Arbeiter streiken. — Die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten erklären sich solidarisch. — Bisher keine Zwischenfälle. — Erhöhte Alarmbereitschaft der Berliner Polizei

Der Streik beginnt

Die Belegschaften der am Berliner Metalltarifvertrag beteiligten Betriebe sind der ausgegebenen Streikparole des Metalltariffs nahezu einheitlich gefolgt. Rund 126 000 Metallarbeiter sind in den Ausstand getreten. Im Einverständnis mit den beteiligten Gewerkschaften sind lediglich die über 60 Jahre alten Arbeiter und die Kriegsbeschädigten in den Fabriken geblieben.

Der Allgemeine Freie Angestelltenbund, in dem die Mehrzahl der in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Angestellten organisiert ist, hat seine Solidarität mit den Streikenden erklärt, den Tarifstreikvorsitzenden ist Vollmacht zur Durchführung etwa notwendiger werdender Maßnahmen erteilt worden.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte, um den demonstrativen Charakter des Streikes zu betonen, seine Mitglieder angewiesen, morgens zur gewohnten Zeit in die Betriebe hineinzugehen und bis zur Frühstückspause zu arbeiten. Um 9 Uhr sollte dann überall die Arbeit aufgegeben werden. Der Beginn des Streikes hat sich ohne Reibungen oder Zwischenfälle vollzogen. Die Kommunisten versuchten allerdings, an einigen Stellen vorzugreifen. Die Polizei hatte jedoch stärkere Patrouillen entsandt, die die Eingänge der größeren Firmen zu bewachen hatten, und die Beamten verhinderten die Kommunisten an der Durchführung ihrer Absichten.

In dem größten Berliner Metallbetrieb, bei Siemens, hat ein Teil der Arbeiterschaft die Werke verlassen. Erst im Laufe des heutigen Tages wird es sich übersehen lassen, ob die Zahl der Arbeitswilligen, die bei Siemens erfahrungsgemäß immer sehr groß ist, ausreichen wird, um die Werke wenigstens zum Teil aufrechtzuerhalten zu können.

Vorläufig noch kein Eingreifen

des Reichsarbeitsministeriums.

Die Meldung eines Berliner Blattes, daß in dem Konflikt in der Berliner Metallindustrie Ministerialrat Meiwes vom Reichsarbeitsministerium als neuer Sondergeschlichter eingreifen soll, wird von unterrichteter Stelle als unzutreffend bezeichnet. Das Reichsarbeitsministerium kann erst in dem Verfahren eingreifen, wenn beide Parteien ihre Stellungnahme zu dem Schlichterspruch erklärt haben.

Die Darstellung der Industriellenseite.

In Kreisen der Arbeitgeber wird dieser Tarifstreik als grundsätzliche Frage aufgefaßt, bei der es darauf ankomme, die Industrie entsprechend den Grundlinien des Regierungsprogramms auf eine Senkung der Preise hinabzuleiten. Ihre Ausdehnung sei die Verminderung der Herstellungskosten, auch der Löhne. In diesem Zusammenhang hat sich die Meinung der deutschen Arbeitgeberverbände auch eingehend dem Vorschlag der Gewerkschaften auf Verkürzung der Arbeitszeit befaßt, durch die die Wiedereinstellung von Arbeitskräften ermöglicht werden soll. Die Vereinigung hat einen bestimmten Ausschuh für dieses Problem eingelegt, der nach eingehender Beratung zu einem folgendem Beschluß gekommen ist:

Die Arbeitgeber sehen in dem Vorschlag kein geeignetes Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Sie sind vielmehr der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit dadurch nur vergrößert werde, da die Bewegungsfreiheit der Betriebe eingeengt und Produktionskosten gesteigert würden. Eine Verminderung der Arbeitslosigkeit sei nur durch Selbstkostensenkung möglich.

Dazu gehöre die Senkung des Lohnes, gegebenenfalls bei Verlängerung der Arbeitszeit mit entsprechend gekürztem Stundenlohn. Unter diesen Umständen werde sowohl ein geistlicher Zwang zur Verkürzung der Arbeitszeit als auch eine entsprechende kollektive Bindung durch Tarifvertrag abgelehnt. Es wird durchaus zugegeben, daß der Vorschlag der Gewerkschaften für einzelne Betriebe akzeptiert werden könne. Die Entscheidung könne aber nur nach den jeweiligen betriebs- und produktions-technischen Bedingungen getroffen werden.

Wieder Großkampftag für die Berliner Polizei.

Die erhöhte Alarmbereitschaft der Berliner Schuttpolizei aufrechterhalten worden, umso mehr als heute die verschiedenen Ereignisse zusammentreffen. Der Beginn des großen Metallarbeiterstreiks machte die Bereitstellung von Polizeikräften notwendig, um 11 Uhr begann ferner der Preussische Landtag, der Umgebung im Hinblick auf die Vorgänge am Reichstag wie entsprechend gesichert werden mußte, und für den Nachmittag waren am Reichstag, wo die Präsidentenwahl stattfand, die notwendigen polizeilichen Maßnahmen zu treffen. Die Polizeipatrouillen zogen auch durch die von den Ausschreitungen Montag betroffenen Geschäftsviertel, um im Falle neuer Vorfälle jederzeit auf dem Plan zu sein. Alle verfügbaren Kräfte der Polizei mußten also bereitgestellt werden.

Innenpolitische Hochspannung.

Fraktionsführung des Zentrums über die politische Lage.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat zu einer Fraktionsführung zusammen, um über die gesamte politische Lage eine Aussprache zu halten. Insbesondere wollte man auch die Beratung über das Regierungsprogramm beginnen. Bei dieser Gelegenheit gab Reichstagskanzler Dr. Brüning nochmals einen Überblick über die politische Gesamtlage und die nächste Zukunft.

Er wies auf den überaus großen Ernst der Lage hin und betonte, daß nicht nur die Zentrumsfraktion als solche eine hohe Verantwortlichkeit habe, auf schnellstem Wege das Sanierungsprogramm der Regierung durchzuführen, sondern auch der Reichstag selbst vor einer hohen Verantwortung stehe.

Die Zentrumsfraktion als solche stimmte den Ausführungen des Kanzlers bei und brachte nochmals ihr volles Vertrauen sowohl dem Kanzler als auch der Regierung und den Zentrumsministern zum Ausdruck.

Ein Interview mit Hitler.

Der Berliner Times-Korrespondent hatte ein Interview mit Adolf Hitler, in dem dieser die Verantwortung der Nationalsozialisten für die Ausschreitungen ablehnte und ferner ausführte, wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage fortdauere, werde Deutschland vor Ende des Winters wie ein Pulverfaß sein, das von einem einzigen Funken in die Luft gesprengt werden könne.

Die Mittelparteien im Reichstag würden hoffnungslos ge-

— Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit für die ober-

schlesischen Eisenhütten. Die am 26. September gefällten Schlichtersprüche über Lohn und Arbeitszeit für die ober-schlesischen Eisenhütten, die die bisherige Regelung um ein weiteres Jahr verlängerten, waren vom Arbeitgeberverband abgelehnt worden, während die Arbeiterverbände die Schlichtersprüche annahmen, und ihre Verbindlichkeitsklärung verlangten. Auf Einladung des Reichsarbeitsministeriums fanden hierüber Besprechungen statt. Nach langwierigen Verhandlungen machte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums einen Einigungsvorschlag, wonach die Schlichtersprüche mit einer Verkürzung der Laufdauer angenommen werden. Die Parteien einigten sich schließlich dahin, daß die in den erwähnten Schlichtersprüchen enthaltene Regelung bis Ende 1931 gelten soll und von da an mit zweimonatiger Frist kündbar sei.

— Ein neuer Artikel Poincarés. Raimond Poincarés Halbmonatsartikel, der gleichzeitig im „Excelsior“ und der in Buenos Aires erscheinenden „Racion“ erscheint, steht auf dem Niveau und ist ganz abgefaßt nach dem Rhythmus dessen, was man täglich seit Wochen und Monaten über die „schlechte Lage“ in Deutschland und die „glänzende Lage“ in Frankreich hören kann. Frankreichs Wirtschafts- und Finanzverhältnisse werden von Poincarés, wohl um sich selbst damit hervorzuheben, sozusagen als beste in der ganzen Welt hingestellt.

— Folgen des Attentatsplanes gegen Pilsudski. Im Zusammenhang mit der Aufdeckung des angeblichen Attentatsplanes gegen den Marschall Pilsudski kam es in verschiedenen Orten Polens zu Kundgebungen für Pilsudski und gegen die Sozialisten. In Gnesznow wurde dabei das sozialistische Parteibüro verhaftet. Mehrere weitere sozialistische Abgeordnete des bisherigen Parlaments und andere Funktionäre dieser Partei wurden verhaftet. Ein Aufruf des sozialistischen Parteivorstandes, der die Legalität der sozialistischen Politik betont und im „Robotnik“ veröffentlicht werden sollte, wurde von der Zensur unterdrückt.

Handelsteil.

Frankfurter Börsenbericht.

Frankfurt a. M., 15. Oktober

Tendenzen: freundlich. Die Ausdehnung des Metallarbeiterstreiks in Berlin wurde von der Börse ohne besondere Bedeutung hingenommen. Die Grundstimmung war freundlich, wozu vor allem die Kurserholungen an der gestrigen New Yorker Börse beitrugen. Aber auch die Beteiligung der Privatwirtschaft, wenn auch größeren Ausmaßes noch nicht die Rede sein konnte, trugen wesentlich zum besseren und etwas optimistischeren Beurteilen der Lage bei. Auch interessierte sich namentlich die Schweiz für einzelne deutsche Spezialwerte. Das Geschäft nahm aber nur ein wenig lebhaftere Formen an. Gegenüber der gestrigen Ab-börse traten im allgemeinen Kursbesserungen bis zu 2 Prozent hinzu mehr in den Vordergrund treten konnten von Chemischen, I. G. Farben, die 1½ Prozent fester eröffneten. Metallgesellschaften liefen etwas ein. Am Elektromarkt zogen AEG, Licht & Kraft, Festen bis zu 1½ Prozent an. Siemens lagen unverändert. Kunstseidepapiere waren bis zu 1 Prozent gebessert. Am Warenmarkt bestand auch heute wieder für Rannemann etwas mehr Interesse bei einem Gewinn von 1½ Prozent. Sonst waren hier Umsätze bescheiden. Pallastien besserten sich erneut um bis zu 8 Prozent. Lebhafter gefragt waren noch von Bankaktien. Bankaktien, die 4½ Prozent fester eröffneten. Ein Baumarktmen lagen Bauh & Freytag 1½ Prozent. Auch der Warenmarkt zeigte ein etwas freundlicheres Aussehen. Schuttschele leicht gedrückt. Im Verlaufe machte die Befestigung weitere Schritte. Die Kasse schritt weiterhin zu Deckungen, so daß sich etwas lebhafterer Nachfrage nach Spezialpapieren gegen Anfang neue Kursbesserungen um 1 Prozent bis zu 2½ Prozent ergaben. Am Geldmarkt war Tagesgeld mit 3½ Prozent unverändert.

Lokales.

Bad Homburg, den 16. Oktober 1930.

Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung.

Der Bericht über die Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung 1929, herausgegeben vom Reichsversicherungsamt, in einem 152 Seiten starken Sonderheft des Reichsarbeitsblattes, versehen mit vielen bildlichen Darstellungen, Kenntnis der umfangreichen Tätigkeit der Invalidenversicherung im Jahre 1929 auf dem Gebiete der gesamten Gesundheitsfürsorge. Die Leistungen, die von Jahr zu Jahr gewachsen sind, die Aufwendungen der Versicherungsträger dar. Im Jahre 1929 haben Umfang und Kosten der Heilbehandlung (2269 Mio.), sowie die gemäß § 1274 RVO verwendeten Mittel und alle sonstigen Aufwendungen wiederum erheblich zugenommen. Die Zahl der Personen, die einer Heilbehandlung unterworfen wurden, betrug im Jahre 1897, dem ersten Jahre, das eine statistische Feststellung gemacht wurde, 11 000. Im Jahre 1913 waren es bereits 154 000 und im Jahre 1928 844. Im Berichtsjahre aber sind 438 800 Personen der Behandlung eines ständigen Heilverfahrens unterworfen worden, wovon für 389 716 Personen der Behandlungsfall als abgeschlossen in Betracht kam. Entsprechend der gesteigerten Personenzahl sind auch die finanziellen Aufwendungen gestiegen. Betragen 1913 34,12 Millionen Mark, 1928 72,1 Mill., 1929 aber 83,2 Millionen Mark. Dazu kommen noch die Aufwendungen der Versicherungsträger für allgemeine Maßnahmen gemäß § 1271 RVO mit 10,6 Millionen Mark, sowie Heilleistungen gemäß § 1400 RVO mit 8 Millionen Mark. Die Invaliden- und Waisenfürsorge gemäß § 1277 RVO 2 Millionen Mark, so daß insgesamt ein Aufwand von 7 Millionen Mark zu verzeichnen ist gegenüber 101 Millionen Mark im Jahre 1928. Gegenüber dem Vorjahre haben Heilbehandlungsfälle eine Zunahme von 4,8 Prozent, die Ausgaben dafür aber eine Zunahme von 10 Prozent erfahren. Der Summe von 129,7 Millionen Mark ist aber, wie der Bericht mit Recht hervorhebt, nicht die volle Summe der Aufwendungen gekennzeichnet. Die Versicherungsträger haben auch im Jahre 1929, wie alljährlich, einen erheblichen Teil ihres Vermögenverwaltungsverfahrens in Darlehen für gemeinnützige Zwecke, der Volksgesundheit dienen, angelegt. Für diese Anlagen bedeutende Zinsnachlässe erfolgt, die sich schätzungsweise im Jahre 1929 auf 7,7 Millionen Mark belaufen, wodurch sich Aufwendungen auf 137,4 Millionen Mark erhöhen.

Bad Homburg in der Herbstsonne. Das herrliche Spätherbstwetter veranlaßt viele in Bad Homburg verregneten Sommerurlaub nachzuholen und sich in frischen reinen Taunusluft vor Beginn des Winters notwendige Erholung und Ausspannung zu sichern. Die riesige Kurpark und der daran anschließende Taunuswald geben in ihrem von der Sonne beschienenen blühenden Schmuck Freude und Entspannung. Erquickend ohne Anstrengungen können jetzt viele Spaziergänge in der herrlichen Umgebung unternommen werden. Bad Homburg ganzjährig kurzweilig, ist auch Gegend gegeben, durch Trinken und Bäderkuren die inneren Organe aufzufrischen. Das ständig geöffnete Kurhaus bietet dabei mit seinem Lesesaal, seinen Konzerten, Vortragsveranstaltungen und sonstigen Veranstaltungen die schönste Abwechslung.

Ein Homburger Bürgerfest. Auf Anregung der Direktion soll Ende November im Kurhaus ein Bürgerfest veranstaltet werden, mit dem eine größere Gemeinschaft verbunden sein wird. Diese Gemeinschaft soll allem zur lebhafteren Gestaltung des Weihnachtsfestes beitragen. Industrie, Handwerk, Kleinhandel und Gastwirtschaft werden gegen geringe Miete im ersten Stock des Kurhauses Kojen zur Verfügung gestellt. Am Samstag dieser Werbeweche wird man den Kindern durch viel Vorstellungen zu dienen wissen. Ein „Bunter Abend“ ist ebenfalls vorgesehen; hier soll selbstverständlicher Weise Heimliches geboten werden. In den unteren Bühnenräume wird sich ein fröhliches Treiben abspielen. Grundgedanke dieser Festfolge ist der, die Worte „Lust am Platze“ wirklicher denn je zu gestalten. — Man erfährt weiter, daß die Kaufmannschaft unserer Stadt eine Verlosung durchzuführen wird, und zwar soll ein Gewinn in gewisser Höhe geldigsten Einkauf ein Los ausbezahlt werden. Der Gewinn wird von dem betreffenden Unternehmen angekauft und bei der Gewerbeschau Ausstellung gelangen.

Verein für Geschichte und Altertumskunde. Der Verein beginnt seine Wintervorlesungen mit einem am Montag, den 20. Oktober, abends 8,15 Uhr im Kirchenrat der Erlöserkirche stattfindenden Vortrag von Prof. Dr. Bolhe-Frankfurt a. M. über „Gustav Adolf als Reichspolitiker“.

In der Kurhausdiele fand gestern der Abschiedsabend statt, zu dem sich in besonders erfreulicher Zahl Stammgäste dieses Lokals eingefunden hatten.

Zigeunertreiben. Zwei Zigeunerinnen, die gestern der Promenade Waren verkaufen, ohne den nötigen Handwerkschein zu besitzen, mußten dem hiesigen Amtsgericht zugeführt werden. Die eine der Frauen tat dadurch besonders hervor, daß sie einem Mädchen, das ihr die Tür wies, ihren Warenkorb ins Gesicht schlug.

Für nur 13 Pfennig

2 Teller gute Suppe

mühsam — nur durch kurzes Kochen mit Wasser — aus



MAGGI'S

Suppen-Würfeln

Tagung. Gestern fand eine Zusammenkunft von Vertrauensärzten der Ortskrankenkassen statt.

Kurhaushealer. Die heutige erste Vorstellung im Abonnement „Wenn der junge Wein blüht“, Lustspiel in drei Akten von Björnson, beginnt um 19.30 Uhr. **Nieder- und Arienabend.** Richard Schmück (Bariton) und Ade Lauleschläger (Alt) geben am Sonntag, den 2. November, im Kurhaus-Mittelsaal einen Arien- und Niederabend. Der Bariton Schmück hat ja seine Kunst bei anderweitigen Konzerten schon oft bewiesen. Das gut aufgebaute Programm enthält die Namen Mendelssohn, Schubert, Schumann, Bruch, Mozart, Brahms, Verdi und Strauss. Am Flügel wird Herr Otto Braun-Frankfurt a. M. wirken.

Aus dem Homburger Gerichtssaal. Den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Dr. Conzen. Die Staatsanwaltschaft wurde durch Justizinspektor Schüller vertreten. Zur Verhandlung standen 5 Strafsachen und eine Privatklage.

Unterschlagung. Einem hier wohnenden Mechaniker warf die Anklage vor, sich in den Jahren 1928/29 in 2 Fällen der Unterschlagung schuldig gemacht zu haben. Er hatte sich bei einer Firma in Oberursel einen Sprechapparat im Werte von 110 Mk., zahlbar in monatlichen Raten, gekauft. Letztere eine Anzahlung von 10 Mk. und geringe Abzahlungen, bis daß es auf einmal ganz stille wurde. Die Firma verlangte ihren Apparat zurück und drohte mit Anzeigegabe. Der Apparat war jedoch nirgends aufzufinden. Als die Sache dringlich wurde kaufte derselbe auf dieselbe Art u. Weise bei einer Frankfurter Firma einen gleichwertigen Apparat und ließ denselben durch die Polizei — an die Firma in Oberursel aushändigen. Die Zahlungen des 2. Apparats liegen ebenfalls noch und die Anzeigegabe wegen Unterschlagung erfolgte. Derselbe wurde für schuldig befunden. Der Richter erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten.

Entfernung eines Amtssiegels. Ein hiesiger Fabrikant legte gegen einen amtlichen Strafbefehl von 30 Mk. Berufung ein. Er war beschuldigt, eine Pombel an einer Waage, welche dem Verkehr entzogen war, unbefugt und vorsätzlich entfernt zu haben. Es kam zum Freispruch.

Uebertretung der Gewerbeordnung. Ein Privatlokalier aus Kuppenheim legte gegen einen Strafbefehl von 10 Mk. Berufung ein. Er war beschuldigt, am 3. 8. 1930 abends gewerbsmäßig Personen befördert zu haben. Da nachgewiesen werden konnte, daß dieser Betrieb polizeilich angemeldet ist, erfolgte Freisprechung.

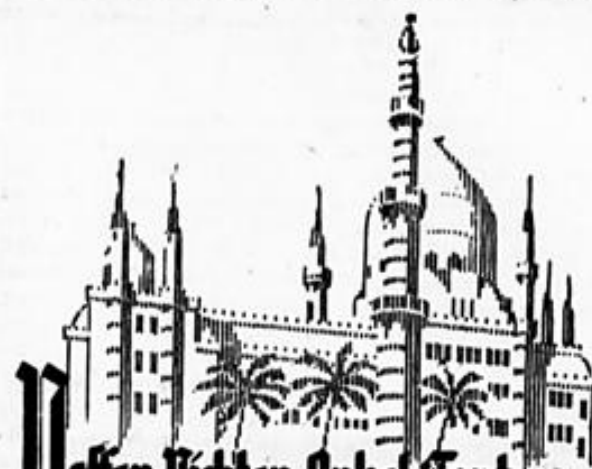
Der nächste Einspruch wurde vor Eintritt in die Verhandlung zurückgezogen.

Diebstahl. Einem Zimmermann aus Homburg-Kirchdorf warf die Anklage Diebstahl vor. Er war beschuldigt, am 26. und 28. Juni 1930 in zwei selbstständigen Handlungen von einem hiesigen Neubau Zinkblech im Werte von 40,50 Mk. unbefugt entwendet zu haben. Der Richter erkannte wegen Diebstahl auf eine Woche Gefängnis. Aussetzung der Strafe auf 3 Jahre.

Privatklage. Auch Homburg bekommt einen Autonomienprozeß. Angeklagt war Herr Flemming, Schriftleiter des „Taa“, der den Polizeidirektor a. D. Pinek durch einen mit dem Titel „Ein angenehmer Zeitgenosse“, in dem die Behauptung aufgestellt wurde, der Kläger sei anlässlich des Colmarer Autonomienprozesses nach Deutschland geflohen und schädliche die autonomistische Bewegung, beleidigt habe. Der Angeklagte will durch Ladung von Zeugen den Wahrheitsbeweis antreten. Die Sache wurde deshalb verlagert.

Arbeits- und Dienstverträge zwischen Eheleuten. Das Reichsarbeitsgericht befaßt sich in einem Urteil mit der Frage der Wirksamkeit von Arbeits- oder Dienstverträgen zwischen Eheleuten. Ist der Ehemann, so heißt es in dem Urteil, im Geschäft der Ehefrau gegen Entgelt neben freier Kost und Wohnung tätig, so ändert die später wegen schlechten Geschäftsganges eingetretene Unmöglichkeit, dieser vertraglichen Zahlungsverpflichtung ganz oder auch nur zum Teil nachzukommen, an dem Bestehen der Vereinbarung und einer daraus zu folgender Arbeitnehmerelgenenschaft des Ehemannes solange nichts, als diese nicht ausdrücklich oder stillschweigend aufgehoben ist. Das Reichsarbeitsgericht hat die Wirksamkeit von Arbeits- oder Dienstverträgen zwischen Eheleuten im Anschluß an die Rechtsprechung des Reichsgerichts unter Verneinung des dagegen vorgebrachten Gesichtspunktes der sittenwidrigkeit wiederholt und auch dann bejaht, wenn der verschuldete Ehemann für seine Tätigkeit im Geschäft der Ehefrau eine geringere als die sonst übliche Entlohnung erhält, es sei denn, daß der Vertrag in der nachgewiesenen Absicht geschlossen war, den Gläubigern des Ehemannes den sonst möglichen Zugriff auf sein Einkommen abzuschneiden.

Aus der Welt des Wissens. In Berlin kommt alle zwölf Minuten ein Baby zur Welt, täglich Zwillinge und alle vier Monate Drillinge. 13 Menschen werden täglich in Berlin als vermisst gemeldet; täglich werden 7 Selbstmorde und 19 Selbstmordversuche ausgeführt. Die Feuerwehr wird täglich 12mal, das Ueberfallkommando 18mal alarmiert; an 472 000 Telefonapparaten werden täglich 1,3 Millionen Gespräche geführt; 1,1 Millionen Liter Milch und 1,34 Millionen Liter Bier werden am Tage getrunken. 260 Trauringe werden an einem Tage durchschnittlich in Berlin verkauft. Täglich heiraten 130 Paare und 21 lassen sich scheiden. — In der deutschen Reichswehr dienen 100 000 Soldaten, in den Regimentern der französischen Fremdenlegion etwa 40 000 Deutsche. Fast 90 Prozent des Unteroffizierskorps der Fremdenlegion sind Deutsche, die Küche und Musiker fast ausschließlich Bayern. — Ein ganz Findiger hat ausgerechnet, daß ein gesunder Schläfer seine Lage im Durchschnitt nicht weniger als 35mal während einer achtstündigen Nachtzeit ändert; daß ein gesunder Schläfer lange Zeit hindurch seine Lage beibehält, ist anormal; zu einem gesunden Schlaf gehören vielmehr häufige Veränderungen in der Lage.



Wenn Tanten, Onkel, Nichten zählt man zu den Anverwandten; aber Freundschaft will uns ketten an die SALEM Zigaretten!

SALEM
Zigaretten vorzüglich!

Frankfurt a. M. (War Mittermüller in Amerika?) Vor der Großen Straßammer begann die Verurteilung im Fall Mittermüller. Das Große Schöffengericht hatte den Angeklagten, den Autohändler Jakob Mittermüller, wegen fortgesetzten Betrugs, Betrugsversuchs und Erpressung zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Man rechnet damit, daß die Verhandlung des Falles ungefähr 14 Tage beansprucht. Den ersten Verhandlungstag füllte die Verlesung des erstinstanzlichen Urteils, das 117 Seiten umfaßt, und die Vernehmung des Beschuldigten zu seinen persönlichen Verhältnissen aus. Es wird dabei aus seinem Vorleben erwähnt, daß Mittermüller zweimal in Amerika gewesen sein soll. Der Angeklagte behauptet, er habe sich 1925 von Antwerpen nach Brasilien begeben, um sich in Rio de Janeiro eine Stelle zu suchen. Da er aber der portugiesischen Sprache nicht mächtig gewesen sei, habe er es vorgezogen, nach Holland zurückzufahren. Von dort will er dann nach Mexiko gefahren sein. Der Vorsitzende meint: „Es besteht der starke Verdacht, daß Sie in Ihrem ganzen Leben noch nie in Amerika waren“. Angeklagter: „Sie können dies drüber (im Gefängnis) feststellen. Da ist ein gewisser R. als Kalfaktor, der war mit mir in Rio de Janeiro“. Das Gericht wird sich diesen Zeugen kommen lassen.

Frankfurt a. M. (Aus dem Zug gestürzt.) Abends 8.20 Uhr wurde zwischen Griesheim und Frankfurt auf dem Bahnkörper der Garten-Strasse Otto Weiß aus Röhrl mit schweren Kopfverletzungen aufgefunden und in das Städtische Krankenhaus verbracht. Weiß hatte sich während der Fahrt in einem Personenzug von Niederrhausen nach Frankfurt auf die Plattform eines Wagens begeben und ist von dort heruntergestürzt.

Diebstahl (Raubüberfall). Ein junger Mann aus dem Stadtbezirk Schwanheim wurde, als er sich nachts auf dem Heimweg befand, in der Bolongarstraße von mehreren Burischen angehalten, die ihm unter Anwendung von Gewalt und Drohungen seine Burschenschaft in Höhe von 15 Mark abnahmen. Den Bemühungen der Polizei gelang es, die Täter zu ermitteln.

Diez. (Gasversorgung von Limburg aus?) Der Magistrat der Stadt Diez und die städtische Betriebskommission weilt zu einer Betriebsbesichtigung des Limburger Gaswerks in Limburg. Wie verlautet, knüpften sich an diese Besichtigung Vorverhandlungen, die den Endzweck der Gasversorgung der Stadt Diez durch das Limburger Gaswerk verfolgen sollen. Noch vor nicht langer Zeit stand das Diez mit dem Limburger Werk in scharfem Wettbewerb um die Gasversorgung der Gemeinde Freilend. Der Plan des Diezer Magistrats, Limburger Gas zu beziehen, wird damit motiviert, daß er für die Stadt Diez wesentliche finanzielle Vorteile hat, da die Stadt den Diezer Verbrauchern gegenüber nach wie vor Vierzehntel bleibt. Da zudem das Limburger Gaswerk in der Lage ist, der Stadt Diez die benötigten Gas mengen billiger zu liefern als bei der Erzeugung im eigenen Werk, so ergibt sich hieraus neben dem günstigeren Fremdbezugspreis außerdem noch der Fortfall der Betriebskosten.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienst in der evangelischen Erlöserkirche.

Am Freitag, den 17. Oktober abends 8 Uhr Vortragsveranstaltung zum Kindergottesdienst in der Sakristei.

Israelitischer Gottesdienst.

Samstag den 18. 10. 30. Vorabend 5¹⁰ morgens 9 Neumondweihe. Nachmittags 3³⁰; Sabbatende 6¹⁰; Werktag morgens 6³⁰; abends 5.

Bernünftige Preispolitik: Es war von jeder das Bestreben der Maggi-Gesellschaft, ihre Erzeugnisse zu möglichst niedrigen Preisen abzugeben; denn Maggi's Erzeugnisse sind Konsumartikel und müssen deshalb preiswert sein. Dank der in den Maggi-Werken durchgeführten Rationalisierung konnten auch in der gegenwärtigen schweren Zeit trotz gleichbleibender erstklassiger Qualität die Vorkriegspreise nahezu beibehalten werden. Durch die Anpassung der ganzen Organisation wurde es ferner bis jetzt vermieden, Entlassungen vorzunehmen.

□ Ein Gendarmenmörder verhaftet. Wie dem „Folger Kurier“ aus Kochel gemeldet wird, wurde der seit Wochen das bayerische Oberland heunruhigende Wilderer und Gendarmenmörder Hofmann verhaftet. Der Jagdausscher Anton Krach von Kochel beobachtete seit längerer Zeit und dem ihm unterstellten Revier die Tätigkeit eines Wilddiebes. Er blieb zur Beobachtung und Verfolgung des Wilderers drei Tage und drei Nächte lang ununterbrochen im Revier. Am Dienstag nachmittag gelang es ihm, den Wilderer zu stellen und zu entwaffnen. Gefesselt führte er ihn nach Kochel zur Gendarmerie. Dort stellte es sich heraus, daß man in der Person des Wilderers den stiefbrüchlich verfolgten Gendarmenmörder Hofmann vor sich hatte. Hofmann hatte, wie erinnertlich, in der Wolfratshausener Gegend umfangreiche Wildbildeereien verübt, sich im Walde eine Wohnstätte gebaut, und als er durch Gendarmen verhaftet werden sollte, einen Beamten niedergeschossen.

□ Bayerns Tabakbau gefährdet. Die Ankündigung der Pläne der Reichsregierung, die auf eine stärkere Belastung des Tabaks abzielen, haben bei den Tabakbauern und Tabakarbeitern Bayerns und Wadens, den beiden führenden deutschen Tabakproduktionsländern, stärkste Beunruhigung ausgelöst. Die Ankündigungen der Reichsregierung, die allerdings noch nicht den Charakter eines Gesetzeswurfes tragen, haben bei den Tabakbauern Bayerns eine geradezu trostlose Stimmung hervorgerufen. Die Staatsreferenten der Länder werden sich sofort zu der Angelegenheit äußern, wenn das Sanierungsprogramm der Reichsregierung den Länderregierungen offiziell bekanntgegeben worden ist und werden der Reichsregierung ihre Stellungnahme und Gegenvorschläge unterbreiten.

□ Präsident Hoover bestellt drei Pfälzburger. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, dessen Vorfahren oebürtige Pfälzer waren, hat bei dem Maler Heinrich

Lauer in Kofleben bei Raumburg drei Pfälzer Bilder best. Es handelt sich um Bilder von Hoovers Heimatgemeinde G. Stadt mit dem Stammhaus der Familie des Präsidenten Hoover.

□ Ein zweiter Höllemaschinenanschlag in Deuthen. Zur gleichen Zeit, zu der bei dem Gerichtsarzt Dr. Spieder ein Postpaket mit einer Höllemaschine abgeliefert wurde, erhielt auch der Knappschastarzt Dr. Wilhelm in seiner Wohnung ein braunes Papier eingepacktes Postpaket, das eine Zigarette enthielt. Als der Empfänger den Deckel mit der Sch. abhob, züngelte eine Flamme heraus. Der Arzt warf die in eine Zimmerecke und sprang in den Nebenraum. 50 Sekunden später erfolgte eine Explosion, durch die Fenster Scheiben zertrümmert und die Zimmereinrichtung beschädigt wurde. Die Höllemaschine ähnelte in ihrer Konstruktion ganz der, die Dr. Spieder zugesandt worden war.

Wieder ein billiges S&F-Angebot

Bohnen weiße	Pfd. 42, 30	—
Neue Heckerlinsen	Pfd. 54, 42, 32	—
Erbisen gelb, mit Schale	Pfd. 28	—
Erbisen grün, mit Schale	Pfd. 25	—
Erbisen gelbe, halbe	Pfd. 32	—

Fleischsalze	1/4 Pfd. 15	—
Fleischsalat feinim Geschmack	1/4 Pfd. 35	—
Heringsalat mit r. Majonaise	1/4 Pfd. 25	—
Fettbällchen feinst,	Pfd. 48	—

Schnittbohnen junge,	1/2 Dose 50	—
Brechbohnen junge,	1/2 Dose 50	—

2 Flaschenweine

besonders preiswert.

1/2 Gl. o. Gl.	
Rhodier Schloß Pfälz. Weißwein	0.70
Muskat roter griech. Süßwein	0.90

Fisch von der See

Schellfische o. Rim. ganze Fisch Pfd. 36 —

SCHADE & FÜLLGRABE

Bad Homburg

5% Rückvergütung

Radfahrer! Tausende von

Fahrrädern wurden im vergangenen Jahre gestohlen

Verfahre deshalb Dein Rad bei der „Carolus“ (Verf.-A.-G. Ffm.)

Bezirksvertretung: Fritz Ucker

Bad Homburg, Glucksteinweg 8

Tel. 2312

Samstag, den 18. Oktober 1930, abends 8 Uhr

Kurhaus-Theater

Dela Lipinskaja

Einziger Seilerer Abend.

Karten zu Rm. 0.75 bis 6.— an der Theaterkasse.

Nur für Rundfunkhörer

die es noch nicht wissen: Das ausführlichste Rundfunk-Programm der Welt und den weiteren interessanten reich illustrierten Inhalt finden Sie in der ältesten deutschen Funkzeitschrift **Der Deutsche Rundfunk** Einzelheft 50 Pf., monatlich RM 2.— Eine Postkarte an den Verlag Berlin N 24 genügt und Sie erhalten kostenlos ein Probeheft

Bekanntmachung.

Die Bezeichnung der Maltenhausstraße als Einbahnstraße wird hlermit aufgehoben.

Bad Homburg, den 15. Oktober 1930.
Die Polizei-Verwaltung.

Die freiwilligen Kurse an der Städt. Gewerblichen Berufsschule

beginnen an den nachgenannten Tagen und Zeiten:
am Freitag, 24. Oktober, abends 7 Uhr, Zuschneide- und Nähkurs, Leiterin: Schneidermeisterin Fräulein Herr.
am Montag, 20. Oktober, abends 7.30 Uhr, Kunstgewerbliche Arbeiten, Leiter: Gewerbeoberlehrer Frey.
am Mittwoch, 22. Oktober, abends 7.30 Uhr, Perspektive u. Schattenkonstruktion, Leiter: Gewerbeoberl. Frey.
am Mittwoch, 22. Oktober, abends 7.30, Metallgewerbliches Fachzeichnen, Leiter: Gewerbeoberl. Braum.
am Mittwoch, 22. Oktober, abends 8 Uhr, Englisch für Fortgeschrittene, Leiter: Diplomhandelsl. Dr. Görlitz.
am Freitag, 24. Oktober, abends 8 Uhr, Englisch für Anfänger, Leiter: Diplomhandelsl. Dr. Görlitz.

Das Schulgeld für den Zuschneide- und Nähkurs beträgt bei 2 mal 3 - 6 Wochenstunden 21.— Mk. (in 3 Raten); für die Zeichenkurse, 2 Stunden wöchentlich 10.— Mk. (in 2 Raten); für die Kurse in englischer Sprache, 2 Stunden wöchentlich, 12.— Mk. (ebenfalls in 2 Raten).

Bad Homburg, den 16. Oktober 1930.

Der Magistrat.

Auto-Grachtverkehr

Homburg - Frankfurt und zurück

Friedrich Wilh. Gl.

Homburger Annahmestelle: Lufsenstr. 48
Frankfurter Kronprinzenstr. 43 (Wirtshaus)

Selbstgehellerten
fühen und rauschen
Apfelwein
„Zum Einhorn“
Martin Eller.

TORPEDO Kleinschreibmaschine

Anzahlung Mk 26.—
monatlich Mk 20.—

außerdem: wenig gebraucht Torpedo-Standard,
Adler Contil usw. von Mk. 80.— an.

Anfragen unter Y. Z. 1696 an die Exp. ds. Ztg.

Druckfachen

aller Art



liefern prompt
und sauber



die

Homburger
Neueste Nachrichten

Heute eintreffend:
Irische Seefische.
Marinaden, Räucher-
waren in großer Auswahl
gebäckene Fische
zu billigen Preisen
Wilh. Feld

Marktlaube. Telefon 2758.

Druk und Verlag Otto Wagenbreth Bad Homburg.
Verantwortlich für den redaktionellen Teil: S. Derg Bad Homburg; für den Anzeigenenteil: Jakob Klüber, Oberursel

Gründlichen

Konzert-Zitherunterricht

erteilt

Erwin Kade

Oberursel

(Senftenberg).

Schwarzes Portemonnaie

mit größerem Inhalt am

Montag abend von Meh-

gerei Knüppel bis Lange

Welle verloren. Abzu-

geben gegen Belohnung

Lange Welle 15 L. Sidi

Geld-Darlehen

In jeder Höhe

beschafft zu günstigen

Bedingungen

Stern, Frankfurt a. M.

Mainkuststr. 16 II

Telef. Senkenberg 32572

Mehr Glanz in Küche und Haus!

Wo im Hause ist, herrscht funkelnde, blitzende Pracht — der wohlige Zauber gepflegter Sauberkeit! Alle Geschirre und Geräte in Küche und Haus — ob aus Porzellan, Glas, Kristall, Steingut, Holz, Marmor, Stein — spielend rasch macht sie hochglänzend und appetitlich rein. Wie neu sehen alle Sachen wieder aus!

duldet keine Verunreinigungen! Zähster Schmutz, härteste Verkrustungen — Fett, Öl, Sauce, Schmiere — sie müssen weichen. Es hat erstaunliche Energien! Wagen Sie einmal einen Versuch. wird durch wunderbare Leistungen rasch Ihr Herz gewinnen. Millionen von Hausfrauen erfreut schon



Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel
für Haus- und Küchengerät aller Art
Hergestellt in den Persilwerken



Behebung der Roggennot.

Durch Einschränkung der Roggenanbaufläche.

Dem Amtlichen Preussischen Pressedienst wird aus preussischen Landwirtschaftsministerium geschrieben:

Die Behebung der Roggennot ist heute das dringendste Erfordernis, um die Lage der Landwirtschaft erträglicher zu gestalten. Wie schon mehrfach ausgeführt wurde, ist hierzu die Erhöhung des Roggenverbrauchs und die Einschränkung der Anbaufläche und damit Verkleinerung der Erntemenge notwendig.

Eine Verstärkung des Roggenkonsums ist bereits mit Hilfe der Roggenbrotpropaganda erreicht worden. Weiterhin wird durch das Brotgesetz, das eine Ausweitung des Roggens bis zu 80 Prozent vorsieht, eine größere Roggenmenge als bisher aus dem Markte genommen und der menschlichen Ernährung zugeführt. Die Bemühungen, den Roggenmarkt durch Verbrauch zu Futterzwecken zu entlasten, machten eine Reihe von einschneidenden Maßnahmen erforderlich. Zunächst ist es notwendig, die Gerste zu verteuern und ferner einen Teil des Roggens nach seiner Konfektionierung zu verbilligen, damit er als Futtermittel aufgenommen werden könnte. Obwohl aber die konkurrierende Gerste durch den Zoll verteuert worden ist, ist der Foinroggen immer noch in Aussicht genommenen Verbrauchsarten der Schweinemastgebiete zugeführt worden. Um nun tatsächlich eine gesteigerte Nachfrage nach coniertem Roggen zu schaffen, ist das Reich dazu übergegangen, den Vertrieben, die den Ankauf von coniertem Roggen oder Kartoffelflocken nachweisen, den Verzehr zur Hälfte zurückzuerstatten. Durch die Maßnahme wird unbedingt der Verbrauch einheimischer Futtermittel angereizt.

Alle diese Bestrebungen, durch eine Steigerung des Roggenkonsums das Ueberangebot auf dem Markte zu mindern und damit eine Erhöhung des Roggenpreises herbeizuführen, machen es aber auch der Landwirtschaft zur Pflicht, ihrerseits zu versuchen, die Produktion der Nachfrage anzupassen. Die staatliche Hilfe ist nur so zu verstehen, daß dadurch der Landwirtschaft der Weg der Selbsthilfe, der in einer energischen Einschränkung der Roggenanbaufläche zu erlangen ist, erleichtert werden soll.

Schreibmaschinen für Groten.

Der Siegeszug einer Erfindung.

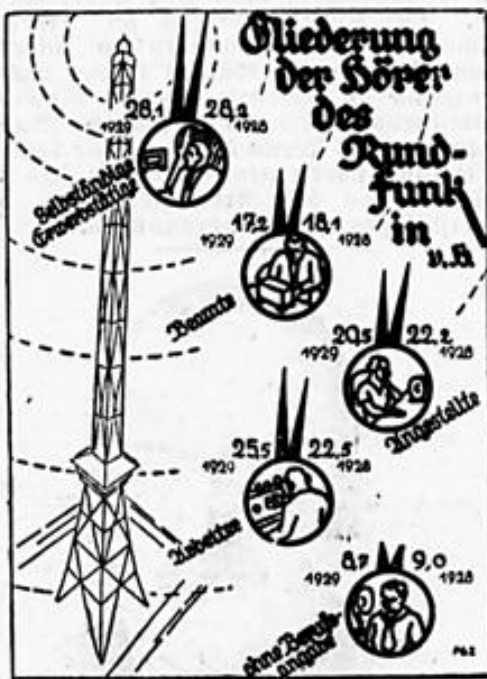
Die Herstellung von Schreibmaschinen für die besonderen Bedürfnisse der exotischen Völker mit ihren kleinen Schriftzeichen und ihrer andersgearteten Schreibweise ist für die Erfinder und Konstrukteure indeswegs das einzige Problem gewesen. In einer amerikanischen Fachzeitschrift erzählt ein Konstrukteur von seinen reichen Erfahrungen auf diesem Gebiet. Schon als die amerikanischen Schreibmaschinen in Europa eingeführt wurden, mußten sie durch Einfügung des Umlaufs und Anpassung an die Briefbogenhöhe für die deutschen Kunden brauchbar gemacht werden. Dann wurde eine Maschine für die Sonderbedürfnisse der Astronomen mit den in ihrer Wissenschaft üblichen Zeichen gebaut. Die für die russische Sprache geschaffenen Maschinen können mit kleinen Änderungen auch in Serbien, der Ukraine und in Bulgarien benutzt werden. Im Osten Finnlands gibt es sogar ein russisches Kloster, dessen Mönche eine russische Schreibmaschine besitzen, obwohl sie sonst leben vor Jahrhunderten.

Für die mittel- und westeuropäischen Staaten mühen nur einige Agenten eingesetzt werden; größere Schwierigkeiten gab es aber bei Sprachen, die von rechts nach links geschrieben werden, wie das Arabische und Hebräische oder von oben nach unten, wie

Chinesisch und Japanisch. Die arabische Sprache hat gegen 100 Buchstaben, die über und unter der Zeile geschrieben werden, auch sind die Buchstaben verschieden breit. Die Herstellung dieser Maschine, bei der der Reilen- und Buchstabenbrücker anders gebaut ist, erforderte eine Arbeit von Jahren. Nun hat zwar die türkische Regierung ein neues Alphabet mit nur 20 Buchstaben eingeführt, während die Maschine 48 Buchstaben besitzt, aber eine solche können die Perser, Urdu und Malalai gut gebrauchen. An die türkische Regierung wurden doch 3000 Maschinen der vereinfachten Form verkauft.

Auch in Indien ist die Schreibmaschine sehr verbreitet. Sie ist auf die vom Sanskrit abstammende Devanagarischrift zugeschnitten, die von den Hindus, Bengalen und Gujarati benutzt wird. Die für die Japaner konstruierte Maschine versteht selbst diese in Erstaunen, als sie sie das erste Mal sahen. Da hier nämlich von oben nach unten geschrieben wird, fand man den Ausweg, die Zeichen einfach um einen rechten Winkel gedreht einzufügen und dann wie gewöhnlich von links nach rechts zu schreiben, worauf man nach dem Ausspannen des Papiers dieses auch um einen rechten Winkel dreht.

Die chinesische Maschine besitzt 80 Anschlagsleisten, beruhend auf einem neuen, vereinfachten Alphabet. Die siamesische Sprache enthält 44 in drei Gruppen geteilte Konsonanten und 14 Vokale, die A. T. über und unter den Konsonanten geschrieben werden, dazu noch acht besondere Zeichen. Die erste Schreibmaschine für diese Sprache arbeitete S. McFarland, Privatsekretär der Prinzessin Damrong und Unterrichtsminister, aus, der auf seinem Urlaub in Amerika mehrere Wochen in der Fabrik des Verfassers verbrachte. Da aus Platzmangel ein selten gebrauchter Konsonant ausgelassen werden mußte, verschwand er als überflüssig allmählich überhaupt aus der siamesischen Sprache. Für Siam gibt es schon tragbare Maschinen und ein Lehrbüchlein für die Anschlagsmethoden.



Die Berufsstatistik der Rundfunkhörer ist bisher über erste Anfänge nicht hinausgekommen. Zwar ist vom Reichspostministerium und den Oberpostdirektionen die berufliche Aufgliederung der 3,3 Millionen Hörer für die Jahre 1928 und 1929 versucht worden. Auf die Dauer können die Ergebnisse dieser Untersuchung keinesfalls genügen. Man weiß nicht, welche neuen Berufskreise der Rundfunk

sendung teilnehmen bzw. dem Rundfunk fernbleiben. Ueberraschend ist die geringe Beteiligung der Arbeiter und Angestellten am Rundfunk. Es wäre eine dankbare Aufgabe, zu erforschen, ob materielle Gründe oder eine Zurücksetzung der Wünsche dieser Schichten bei der Programmgestaltung des Rundfunks die Ursache für diese Erscheinung sind.

Turnfest und Wettkampf.

Wer die Fülle der Wettkampfveranstaltungen eines Turnfestes flüchtig überblickt, dem kann es scheinen, als ob ein Turnfest nichts anderes sei, als ein riesengroßes Wettturnen. Gewiß ist der Wettkampf die stärkste Welle im Festgeschehen. Aber wie das Wettkampfstreben sich einfügt in den turnerischen Vereinsbetrieb, so ist auch beim Festwettkampf für die rechte Zusammenfassung mit dem Ganzen gesorgt. Einzelwettkämpfe geben Rannern genug Gelegenheit zur Betätigung. Hier kann der Leistungswille des Einzelnen seine Triumphe feiern. Höher als den Einzelkampf jedoch bewertet der Turner den Mehrkampf, dessen Krone der schwerste und vielseitigste Kampf ist: der Zwölfkampf. Als gemischter Mehrkampf verlangt er vom Teilnehmer neben hoher Sicherheit im Gerätturnen auch die gleiche Leistungskraft im Lauf, Sprung und Wurf.

Wenn aber bei einem Turnfeste alle lebendigen Kräfte des Vereinsbetriebes ihren Ausdruck finden sollen, so muß neben Einzel- und Mehrkampf sich auch der Mannschaftskampf zur Schau stellen können. Dazu bieten die über 150 Staffelläufe der Vereinsmannschaften eine willkommene Gelegenheit. Die Einzelleistungen reihen sich sinnfällig aneinander zu dem Endergebnis, und dem einzelnen bleibt nur die stille Verrichtung, am Sieg des Ganzen beteiligt zu sein.

Seine höchste Steigerung findet der Gedanke des Gemeinschaftskampfes jedoch im Vereinsturnen. Es ist gleichsam eine Rechenschaftsablegung des inneren Lebens eines Vereins und seiner besonderen turnerischen Formgestaltung. Es zeigt dabei am besten die Verbundenheit der Festarbeit mit dem turnerischen Alltagsleben. Es ist zugleich in der Zusammenschau ein Spiegelbild der besten Stille auf der Fülle und der Einheit der turnerischen Übungsformen.

Das Deutschtum in Griechenland.

Die wundervollen landschaftlichen Szenarien und die klimatischen Reize der Mittelmeerlande zwischen Gibraltar im Westen und dem Bosporus im Osten haben uns Deutsche stets besonders gefangen genommen. Italien und Griechenland aber stehen für uns unter diesen südlichen Ländern voran. Es sind die Stätten alter, gepflegter, hochentwickelter Kulturen, die im Wandel der Geschichte unsere eigene Kulturentwicklung in verschiedenen Stilperioden stark beeinflussen.

Die Beziehungen Deutschlands zu Italien, der rege Handelsverkehr zwischen Nord und Süd, die künstlerischen und geistlichen Pilgersfahrten nach Rom und den übrigen Kunststätten, haben in einem reichen Schrifttum lebhaften Widerhall gefunden. Ueber Betätigung, Leben und Entwicklung des Deutschtums in Italien besitzen wir zahlreiche Monographien.

Für Griechenland dagegen fehlt bisher eine derartige Darstellung. Dr. Siegfried Nadroth hat durch sorgfältige Ausschöpfung des spärlichen Materials in der Literatur wie in den einschlägigen Akten nunmehr in seinem Buch „Das Deutschtum in Griechenland“ diese Lücke ausgefüllt, das als 27. Band der

Schicksalsgewalten

ROMAN VON GERT ROTHBERG

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[44]

Reveloor atmete auf. Das war der einzige Ausweg. Karell mußte es bei dem einen Male bewenden lassen. Er mußte den unseligen Erleb niederklämpfen um Mays willen. Das wollte er ihm morgen Abend sagen.

Arthur Karell saß zusammengesunken an seinem Arbeitstische. Mit müden Augen sah er vor sich hin ins Leere. Seit Lu ihm Mays Bild genommen, sah er oft so verloren aus. Er hatte keine Lust mehr zu seiner Arbeit; vor ihm lag in klaren Augenblicken auf, wie unnützlich das sei, eine Maschine bauen zu wollen, die einen Menschen zwingen sollte, einen anderen Menschen zu lieben. Die May zwingen sollte, ihn zu lieben. Aber dann verbot die sich sein krankes Hirn um so fester in die Idee. Dieser eklame, vor Hunger nach Glück und Liebe halbblinde Mensch wußte ja nicht, welch ein Genie er war, was er der gesamten Menschheit durch seinen genialen Geist hätte geben können, wenn er sich nicht verrannt hätte in den unseligen Gedanken, die Liebe von seines Bruders Frau sich zu erzwingen.

Jetzt richtete Arthur Karell sich auf. Er schaltete den elektrischen Strom ein, und die kleine Maschine arbeitete. Das winzige Werk besaß eine ungeheure Kraft und war aus dem Gebiete moderner Technik einzigartig. Spielend ließ Karell die riesigen Kräfte seiner Erfindung entwickeln. Dabei wanderten seine Gedanken zu Lu, und ein wilder Haß stand in seinen Augen.

„Wenn ich ihn vernichten könnte“, murmelte er. Es klopfte behutsam, und seine Mutter trat zu ihm ins Zimmer. Er stellte den Apparat ab und blickte ihr entgegen.

„Arthur“, sagte sie sanft, „ich wollte dich nur fragen,

ob du Lust hättest, mit mir ein wenig auszufahren. Wir nehmen unten ein Auto und lassen uns ganz langsam fahren. Uns tut beiden frische Luft an.“

Er nickte, doch Blanke merkte es wohl, daß seine Gedanken ganz woanders waren. Nach einem Weilschen erhob er sich.

„Wenn es dir recht ist, Mama, dann können wir jetzt fahren.“

Sie wählten die weniger belebten Straßen. Auf dem großen Blase unweit des Freiheitsdenkmals sammelten sich Menschen vor einer Kellamwand. Das Auto fuhr langsam vorüber. Auf einmal trampfte Blanke Karell ihre Hand in den Arm ihres Sohnes. Mit großen Augen, in denen wildes Entsetzen stand, sah sie das Plakat, das die zwei Männer, auf einer Leiter stehend, anstrebten.

„Die große Sensation im Zirkus Rochus. La Rose, der Mann ohne Nerven, mit seinem tollkühnen Todesprung“, stand da in fetten Lettern.

Blanke tämpfte mit einer Ohnmacht. Das war doch Lu! Aber das war ja nicht möglich. Lu wieder im Zirkus? Was sollte das heißen? Nein, es konnte nicht sein. Wie läme Lu dazu, jetzt, wo er vor aller Welt das Recht hatte, sich als Sohn des Grubensönigs zu bezeichnen und er auch dessen Erbe war? Jetzt, wo er es nicht mehr nötig hatte, jetzt sollte Lu im Zirkus auftreten? Unmöglich.

Aber wenn es nun doch Wahrheit war? Was hatte ihn dazu getrieben? Wie ein Fieberschauer schüttelte es sie. Scheu blickte sie in das Gesicht ihres Sohnes, und da sah sie in seinen Augen ein Leuchten wilden Triumphes. Er hatte es also auch gelesen. Sie wollte etwas sagen, brachte jedoch kein Wort heraus.

Ein höhnisches Lächeln lag um Arthur Karells Mund. Vielleicht griff das Schicksal selber ein und räumte den Verhafteten aus dem Wege. Nichts war in seinem Herzen mehr von der großen, brüderlichen Liebe, die er einst für Lu gefühlt. Nur Haß, tiefer, grenzenloser Haß.

Und eines stand fest bei ihm: Er mußte den berühmten Todesprung endlich einmal sehen. Vielleicht hatte Lu kein Glück gefunden in seiner Ehe, und er suchte aus diesem

Grunde den Zirkus wieder auf. Die Gedanken lagten sich hinter der Stirn Arthur Karells.

Blanke aber dachte, daß es keinen anderen Weg für sie geben konnte, als zu Lu zu gehen. Er sollte ihr sagen, was sein wichtigstes Vorhaben zu bedeuten hatte. Oder — Blanke stockte der Atem — war sein Glück so schnell schon zusammengebrochen?

Schweigend verließ die Fahrt. Arthur Karell sah verblissen in seiner Ede; und Blankes Herz hämmerte in angstvollen Schlägen gegen die Brust.

Zu Hause angekommen, verabschiedete sich Arthur mit kurzem Händedruck von seiner Mutter und ging in sein Zimmer. Blanke wußte, jetzt würde dort drüben noch stundenlang dieses fruchtlose Arbeiten und zermürbende, quälende Grübeln sein. Blanke Karell blieb im Dunkeln sitzen. Doch aus allen Eden grinsten sie die Worte an:

„La Rose, der Mann ohne Nerven, mit seinem berühmten Todesprung.“

Und Blanke Karell schlug beide Hände vor das Gesicht und weinte bitterlich.

Zirkus Rochus war zwei Stunden vor der Vorstellung ausverkauft. Mit seinem Kellameß lief der Direktor den langen Gang hinunter. Trotz der Aufregung lag ein vergnügtes Schmunzeln auf seinem Gesicht. Seine Erwartungen waren noch weit übertroffen. Die beiden Herren öffneten die Tür, die zu der für La Rose bestimmten Garderobe führte.

Der Direktor prüfte mit kritischem Blick die Einrichtung. Er atmete auf. Gott sei Dank! Seine Befehle waren alle richtig verstanden und genau ausgeführt worden. Die Garderobe konnte sich sehen lassen. Der verwöhnte Mann sollte nichts anzusehen haben; hierin hatte Direktor Rochus seinen Stolz gesetzt. Liebslos fuhr seine Hand über den weichen Samt der Chaiselongue. Ein weicher Sessel stand vor dem Toiletentisch. Ein echter Teppich dämpfte jeden Schritt, und auf dem ovalen Tisch mit der kostbaren chinesischen Decke standen in einer hohen Vase herrliche rosa Chrysanthemen.

kulturhistorischen Schriftenreihe des Deutschen Auslands-Instituts soeben erschienen ist.

Die Geschichte des Deutschtums in Griechenland reicht etwa hundert Jahre zurück, sie gliedert sich in vier fast geschlossene Epochen. Während im 18. Jahrhundert und früher nur einzelne Persönlichkeiten die Träger deutscher Leistung auf griechischem Boden waren, begann mit dem Philhellenismus eine Zeitspanne stark aufblühenden Deutschtums. Die Beteiligung der Deutschen an dieser Bewegung wird in dem Buch mit großer Ausführlichkeit unter Erwähnung der bedeutendsten Persönlichkeiten geschildert. Von einer wirklichen Anfälligkeit der Deutschen in Griechenland dagegen kann man erst vom Jahre 1893 ab sprechen, nachdem der bayerische Prinz Otto zum König von Griechenland erwählt wurde und eine zahlreiche, nach Ständen und Berufen sehr verschiedene deutsche Bevölkerung mit sich zog. Diese Epoche der deutschen Einwanderung in Griechenland in den Jahren 1893—1914 hat zu keiner starken Entwicklung eines anfälligen Deutschtums geführt, weil eine organische Verbindung dieser Deutschen mit den griechischen Lebensverhältnissen nicht geschaffen werden konnte. In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts schließt sich dann eine dritte Zeitspanne an, charakterisiert durch erfolgreiche städtische deutsche Berufsarbeit, in der die deutsche Wissenschaft an erster Stelle steht.

Bei der Darstellung der jüngsten Epoche zeigt es sich, daß erfreulicherweise durch Eingliederung in die griechischen Lebensbedingungen eine Festigung und starke Entwicklung deutschen Lebens geschehen konnte.

Der Kündigungsschutz für die älteren Angestellten.

Nach dem Kündigungsschutzgesetz für ältere Angestellte ist nach einer Beschäftigungsdauer von fünf Jahren im gleichen Betriebe eine Kündigungsfrist von drei Monaten, nach einer Beschäftigungsdauer von acht Jahren eine Kündigungsfrist von vier Monaten, nach einer Beschäftigungsdauer von zehn Jahren eine Kündigungsfrist von fünf Monaten, nach einer Beschäftigungsdauer von zwölf Jahren eine Kündigungsfrist von sechs Monaten einzuhalten. Die Kündigungen selbst können nur jeweils auf Schluß eines Vierteljahres wirksam werden. Angerechnet auf die Beschäftigungszeit werden nur die nach dem 25. Lebensjahr im gleichen Betrieb verbrachten Dienstjahre.

Wenn z. B. ein Angestellter am 1. 10. 1924 im Alter von 46 Jahren eine Stellung angetreten hat, so kann der Angestellte nach dem 1. Oktober 1929 nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten auf Vierteljahrsende gekündigt werden.

War der Angestellte bei Eintritt seiner Stellung am 1. 10. 1924 erst 23 Jahre alt, so bleiben die Tätigkeitsjahre, die er im gleichen Betriebe bis zur Vollendung seines 25. Lebensjahres zurücklegt, bezüglich des Kündigungsschutzgesetzes für ältere Angestellte unberücksichtigt. Er kann die längere Kündigungsfrist von drei Monaten auf Vierteljahrsende erst fordern, wenn er von seinem vollendeten 25. Lebensjahr ab mindestens fünf Jahre weiter bei dem gleichen Arbeitgeber tätig war.

Das Kündigungsschutzgesetz gilt für alle Angestellten, die nach § 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte angestelltenversicherungspflichtig sind oder es sein würden, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst die in diesem Gesetz festgelegte Gehaltsgrenze von zur Zeit 8400 Mark nicht übersteigen würde. Das Kündigungsschutzgesetz gilt damit praktisch für alle Angestellten. Es wird kein Unterschied zwischen kaufmännischen und technischen Angestellten, zwischen Behördenangestellten oder sonstigen Büroangestellten gemacht. Bei den Werkmeistern, die in sehr vielen Fällen im gleichen Betrieb aus einer Arbeiter Tätigkeit zu ihrer jetzigen Stellung aufgestiegen sind, sind nach den Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts bei der Berechnung der Beschäftigungsdauer auch die Arbeitertätigkeitsjahre mitzuberechnen.

Die längeren Kündigungsfristen des Kündigungsschutzgesetzes hat aber nur der Arbeitgeber zu beachten und einzuhalten, der in der Regel mehr als zwei Angestellte ausschließlich der Verrichtung beschäftigt. Angestellte, die also in Zweigbetrieben mit bis zu einem oder zwei Angestellten tätig sind, können die Einhaltung der besonderen Kündigungsfristen des Kündigungsschutzgesetzes nicht beanspruchen.

Berufliche Fortbildung Arbeitsloser.

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung enthält im vierten Abschnitt Bestimmungen über Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit. Insbesondere sind hier vorgesehen Erleichterungen für die Arbeitslosen bei Aufnahme auswärtiger Arbeit, Beschaffung von Arbeitsausrüstungen durch die Arbeitsämter, Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten durch Bereitstellung besonderer Mittel seitens der Landesarbeitsämter, Gewährung eines Zuschusses an Arbeitslose bei Übernahme einer bisher fremden Beschäftigung für eine angemessene Einarbeitungszeit, in der der volle Arbeitsverdienst nicht sofort erreicht wird, und schließlich die Veranstaltung von Kursen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung durch die Arbeitsämter oder die Kostenersatzung an die Arbeitslosen, die an solchen Kursen außerhalb der Arbeitsämter teilnehmen.

Grundgedanke der Maßnahmen ist, die Unterbringung der Arbeitslosen in eine geregelte Beschäftigung zu erleichtern und durch Übermittlung weiterer beruflicher Kenntnisse und Fähigkeiten ihre Vermittlungsfähigkeit den erhöhten und veränderten Anforderungen der Wirtschaft anzupassen. Dabei soll die Arbeitsbereitschaft der Arbeitslosen erprobt sowie

der Bedarf an Arbeitskräften entsprechend den wechselnden Bedürfnissen der Wirtschaft befriedigt werden können. Es können auch Umschulungen der Arbeitslosen auf andere Berufsarten durchgeführt werden, wenn begründete Aussicht vorhanden ist, in dem neuen Beruf bald Stellung zu erhalten. Die Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen dürfen nicht dazu führen, daß sie den direkt Interessierten (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) oder dem öffentlichen Berufs- (Fortbildungs-) und Fachschulwesen sonst üblicherweise hierfür zu tragende Lasten abnehmen oder eine normale Berufsausbildung zum Gefallen (Gehilfen, Facharbeiter) ersetzen. Der für die Maßnahmen in Frage kommende Personenzirkel ist begrenzt auf die Empfänger der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung einschließlich derjenigen, die die Voraussetzungen für den Bezug der Unterstützung infolge ihres jugendlichen Alters nicht erfüllen konnten. Die Gewährung von Anreizzuschüssen kann in den Fällen in Frage kommen, in denen durch den Arbeitnehmer der volle Arbeitsverdienst erst erreicht werden kann, wenn er eine erforderliche Fertigkeit neu erlangt hat. Es darf sich jedoch nicht um einen normalen Lehr- oder Auslernprozeß der Wirtschaft handeln, und es muß die Ausnahme einer voraussichtlich dauernden Beschäftigung erschlossen werden.

Bei der Veranstaltung von Kursen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung durch die Arbeitsämter ist auf das Alter, die Vorkenntnisse und die Spezialausbildung der teilnehmenden Arbeitslosen möglichst Rücksicht zu nehmen. Die Kurse sollen in der Regel eine Zeitdauer von sechs Wochen nicht überschreiten und unterscheiden sich von ähnlichen Veranstaltungen in Schulen dadurch, daß sie dem Arbeitslosen die Vertrautheit mit den Arbeitsmethoden seines Berufs erhält. Bei Kursen, die ohne Benutzung von Fach- und Berufsschulen durchgeführt werden, sollen Gutachten der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Fachschulaufsichtsbörden eingeholt werden.

Arbeitslosen, die sich weigern, an entsprechenden Kursen teilzunehmen, kann eine Sperrfrist auferlegt werden. Die Kostenersatzung an Arbeitslose bei Teilnahme an Fortbildungskursen außerhalb der Weichsanstalt (Berufsverbände) erfolgt nach Prüfung im Einzelfall an diesen. Für die Weichpflicht der Kurssteilnehmer können besondere Anordnungen getroffen werden. Wenn die Kontrolle dem Leiter der Veranstaltung übertragen wird, gilt das unbegründete Fernbleiben des Arbeitslosen als Weigerung oder Verstoß gegen die Anordnungen.



Wesfel in der Leitung der Bank von Frankreich. Clement Moret, der bisherige erste Vizepräsident der Bank von Frankreich, ist zum Gouverneur dieser Bank ernannt worden.

Welt und Wissen.

Überall herrscht Arbeitslosigkeit.

Aus fast allen Ländern Europas — die skandinavischen Länder und Frankreich machen in dieser Hinsicht eine Ausnahme — werden, wie der Internationale Gewerkschaftsbund vor kurzem hervorhob, sehr hohe Arbeitslosenziffern gemeldet. Auch außerhalb Europas sieht es nicht viel besser aus. Für die Vereinigten Staaten von Amerika liegen zwar genaue statistische Angaben nicht vor, doch dürften sich schätzungsweise etwa 8 Millionen Menschen ohne Arbeit befinden. Selbst aus Australien und Neuseeland lauten die Nachrichten wenig günstig. In Australien hat die Arbeitslosigkeit eine noch nie gekannte Höhe erreicht; 180 000 Männer und Frauen sind ohne Arbeit. Außerdem muß die Hälfte der Bevölkerung, die älter als 60 Jahre ist — das sind abermals 180 000 Personen — von der Regierung unterstützt werden. Neuseeland weist eine Bevölkerung von 1,4 Millionen Köpfen auf, von denen etwa 10 000 arbeitslos sind. — Ausführlichere Angaben sowie Aufschluß über die Arbeitsmarktlage, Preis- und Lohnverhältnisse in anderen Ländern vermittelt auf Wunsch kostenlos das Deutsche Auslands-Institut in Stuttgart.

Reichswirtschaftsrat untersucht unwirtschaftliche Preisbindungen.

Der Reichswirtschaftsrat ist augenblicklich damit beschäftigt, das vom Reichswirtschaftsminister erbetene Gutachten zu der Frage der Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen bei einigen wichtigen Rohstoffen und Halbfabrikaten, sowie bei Warenartikeln zu erstatten. Zu diesem Zweck wurden zwei Arbeitsausschüsse gebildet, von denen der eine die Preisbindungen bei Warenartikeln und der andere die Preisstellungen in den übrigen Wirtschaftsbereichen untersucht. In den Sitzungen wurden auch die Vertreter der beteiligten Wirtschaftskreise gehört. Die Gutachten sollen mit größter Beschleunigung fertiggestellt werden. Zunächst wurden Preisbindungen in der Baustoffwirtschaft untersucht, um dann auch die Preisverhältnisse in der Dingenwirtschaft, in der deutschen Rohstoffwirtschaft und gesamten Bereich der Eisenwirtschaft zu behandeln. Die Reichsregierung wünscht auch, daß die bei Treibstoffen, Gummirollen und Büchern üblichen Bindungen späterer Stufen nachgeprüft werden. Die Untersuchung der Preisbindung der Warenartikeln soll sich zunächst auf die Lebens- und Genussmittel beschränken.

Entwicklung des deutschen Schulwesens in Bulgarien. — Die Deutsche Schule in Sofia ist ein Realgymnasium i. E. und hat mit Beginn des neuen Schuljahres die Unterprima erreicht. Die Schülerzahl betrug im letzten Schuljahr 378 Knaben und 348 Mädchen, im ganzen 724; davon waren 55 Reichsdeutsche, 12 Österreicher und 558 Bulgaren. Der Unterricht wurde von 20 Lehrern erteilt. An der Deutschen Schule in Vratscha sind 17 Lehrer tätig; sie befinden sich der Entwicklung zu einem Handelsgymnasium in bulgarischem Vorbild und zählt 892 Schüler, darunter 341 Bulgaren und 13 Reichsdeutsche. Die Deutsche Schule in Philippopol, die das gleiche Ziel erstrebt, mußte aus finanziellen Gründen ihren weiteren Ausbau einstellen und wird ihre frühere Form eines Gymnasiums wiederherstellen. Die Zahl der Schüler betrug 501; davon waren 467 Bulgaren. Der Unterricht erteilen 17 Lehrkräfte. Die Schulen in Varna und Burgas erstreben den Ausbau zum Gymnasium; erstere hat 176 Schüler und 9 Lehrkräfte, letztere 125 Schüler und 5 Lehrkräfte.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften im September.

Nach der Statistik des Reichsverbandes deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) — waren am 1. Oktober 1930 vorhanden 125 Zentralgenossenschaften, 20 250 Spar- und Lebenskassen, 4511 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 4718 Volkereigenen Genossenschaften. 11 274 sonstige Genossenschaften: zusammen 40 878 landwirtschaftliche Genossenschaften. Im Gesamtbestand der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist im Monat September eine Verminderung um 11 Genossenschaften eingetreten, die in der Hauptsache auf den Rückgang der Spar- und Darlehenskassen zurückzuführen ist. Volkereigenen Genossenschaften haben ihre Aufwärtsbewegung auch in diesem Monat fortgesetzt, und zwar 7, desgleichen die sonstigen Genossenschaften mit effektiven Zugängen. Unter den 33 neugegründeten Genossenschaften der letztgenannten Kategorie befinden sich 7 Eier- und Geflügelzucht-, 6 Elektrizität und 5 Winzergenossenschaften.

Varnsdorf. (Gemeinsam in den Tod.) Am he. Morgen wurden etwa 100 Meter von der Wlad Tanne zwei Leichen auf dem Bahndörper aufgefunden. handelt sich um einen 35jährigen verheirateten Postkassierer von hier und eine 32jährige ledige Verkäuferin, beide in Krankheitsstadien verstorben. Sie waren am Tag vor in Frankfurt a. M. Aus Abschiedsbriefen geht hervor, sie gemeinsam in den Tod gegangen sind. Sie hatten an den Armen zusammengebunden und auf die Schiene gelegt.

Essenbach. (Zuchthaus für Eisenbahnarbeiter.) Auf dem Bahnhof Wühlheim a. M. wurden Eisenbahnarbeiter bestraft. Als Täter wurde der Arbeiter Rämpf ermittelt, der die Beute, hauptsächlich Leder, an den Schulmeister Kaiser verkaufte. Zusammen mit diesem hatte Rämpf aus einer Schuhfabrik Stoppmaschinen gestohlen und Main versandt. Rämpf wurde vom Schöffengericht zu Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Kaiser einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Worms. (Motorrad.) In der Nähe von Pödersheim stürzte Philipp Gorch von Pödersheim mit Motorrad. Im Krankenhaus erlag er seinen Verletzungen. Oppenheim. (Die Weinlese.) Die Weinlese hat ihren Höhepunkt erreicht. Man beginnt allgemein mit der Ernte in den besseren und besten Lagen. Es stellt sich wieder heraus, daß die Menge wesentlich größer ist, als die Erwartungen und die Qualität voll auf den Erwartungen entspricht. Die Preise für die Masse sind zwar das Vorjahr um etwa ein Drittel niedriger, aber die des gereinigten Weines bringt hier einen Ausgleich.

Nadheim. (Beim Traubenstehlen angefaßt.) Ein 26jähriger Mann aus Nadheim wurde von Weinbergwächtern beim Traubenstehlen erwischt. Es kam zwischen beiden zum Streit, der Schütze machte zunächst seinem Spazierstock, und als der Gegner nicht abließ, von der Schußwaffe Gebrauch. Der Traubenstehler hielt eine Schrotladung, durch die die Lunge verletzt wurde. Der Schwerverletzte kam ins Paulinenkloster nach Wiesbaden.

Alzey. (Die Pferde klagen als der Fuhrmann.) Ein Fuhrmann hatte dem „Neuen“ zu sehr gesprochen und war auf seinem Fuhrwerk, das mit zwei beladen und mit zwei Pferden bespannt war, eingestürzt. Auf dem Wege von Weinheim wichen die klugen Pferde jedem ihnen entgegenkommenden Fahrzeug vor. Aus diesem Grund, so daß die Rolle unbeschädigt auf dem hiesigen Markt ankam. Versuche, den Lenker zu wecken, waren erfolglos. Ein Pferd war sogar ausgespannt und lief schließlich auf dem Wege mit. Die klugen Einwohner spannten ein Pferd ein und brachten die „Läse“ Last nach Hause.

Lampertheim. (Verleumdung der Biernebel Polizei.) Das Amtsgericht Lampertheim verurteilte Gemeindefürsorger H. R. in Lampertheim zu einer Woche, Frau zu zwei Wochen Gefängnis. Auf Veranlassung Mutter hatte die 12 Jahre alte Tochter des Arbeiters den Vorsitzenden des Amtsgerichtes Lampertheim einen gefälschten Unterschriften von Wiesheimer Bürgern gesehen Brief gerichtet, in dem schwere Verleumdungen gegen Lampertheimer Polizeibeamten enthalten waren.

Grünberg. (Am Goldenen Hochzeitstag starben.) In dem benachbarten Dorfe Großelchen starb der Einwohner Konrad Wolf mit seiner Frau das 50. Goldenen Hochzeit. Die Aufregungen des Tages aber wohl für die alte Frau zu groß gewesen sein, denn am Abend des Goldenen Hochzeitstages erlitt sie einen Herzschlag, der ihren Tod herbeiführte.